

Bauregion Graubünden, St. Gallen und Glarus

# Solarsprint und Zwischenspur

In Graubünden sind aktuell 14 alpine Solarkraftwerke in Planung. Im Kanton Glarus streitet man um das letzte Teilstück der Sanierung des Linthwerks. In St. Gallen freut man sich über die neue Olma-Halle und den fertigen Rohbau des neuen Kinderspitals.

Von Ben Kron

**E**in Zwischenspur, der sich gelohnt hat: Rechtzeitig zur 80. Landwirtschaftsmesse Olma konnte die neue, riesige Halle fertiggestellt werden. 9000 Quadratmeter überspannt das Dach der neuen Messehalle, ohne eine innere Stütze, und bietet bis zu 12 000 Personen Platz. Während nebenan die Olma lief, dauerten die Bauarbeiten am Foyer und den Büros an. Die offizielle und feierliche Neueröffnung des 175 Millionen Franken teuren Neubaus findet nächstes Frühjahr statt.

Daneben gibt es für die Olma, die kürzlich von einer Genossenschaft in eine Aktiengesellschaft umgewandelt wurde, nicht viel zu Lachen: Zwar erhielt man einen Kredit von 17 Millionen Franken, um die Pandemie-Verluste auszugleichen. Aus den Aktienverkäufen resultierten bis jetzt aber «nur» zehn Millionen, anstatt der erhofften 20. Noch bis Ende nächstes Jahr sucht man weitere Investoren.

## Schutzstatus noch offen

Doch nicht mit allen Bauprojekten geht es St. Gallen gleich gut voran: Beim Neubau des Kantonsspitals ist die Frage des Hochhauses nach wie vor ungeklärt. Der Ball liegt aktuell beim Stadtrat, der entscheiden muss, ob der Turm von 1975 unter Denkmalschutz steht. Denn eigentlich soll das Hochhaus im Rahmen des 500-Millionen-Projekts einem zeitgemässen Neubau weichen, wogegen sich aber Denkmalschützer wehren. Offen ist noch immer, wann der Stadtrat über einen möglichen Schutzstatus entscheidet.

Immerhin gibt es von wo anders gute Nachrichten aus der zuletzt arg zerzausten St. Galler Spitallandschaft: Der Neubau des Kinderspitals, auf demselben Bauplatz wie das neue Kantonsspital, läuft nach Plan. Der Rohbau konnte vor kurzem fertiggestellt werden. Und ein anderes Bauprojekt ist auf gutem Weg: Das Stimmvolk hat den 100-Millionen-Kredit für die Erweiterung des Spitals Grabs bewilligt.

## Leuchtturm für Kreuzbleiche

Ebenfalls offen sind Fragen zu einem geplanten, architektonischen Leuchtturm: Im Quartier Kreuzbleiche soll ein Hochhaus der Stararchitekten Herzog und De Meuron entstehen, für rund 60 Millionen Franken. Noch bevor ein konkretes Projekt vorliegt, diskutiert man nun über Lage, Höhe und Aussehen des Neubaus. Die Verantwortlichen sammeln im Quartier Vorschläge und Anregungen, um danach ein Bauprojekt auszuarbeiten. Mit dem Bau beginnen will man in drei Jahren.

Einige Schritte weiter ist die «Neue Bibliothek St. Gallen»: Der gemeinsame Neubau von Stadt- und Kantonsbibliothek soll an zentraler Stelle für 141,5 Millionen Franken gebaut werden. Kürzlich wurden neue Visualisierungen des Siegerprojekts aus dem Architekturwettbewerb präsentiert (Mehr zum Projekt auf Seite 13). Während der Stadtrat das Projekt gutheisst, könnte es im Kantonsrat knapp mit einer Zustimmung werden. Falls diese erfolgt, wird 2025 das Stimmvolk das letzte Wort haben. Im Idealfall öffnet die neue Bibliothek 2030 ihre Türen.

## Richtplan stockt

Ins Stocken geraten ist die Arbeit am Richtplan der Stadt St. Gallen, der erstmals seit 2012 überarbeitet wird. Er wird zugleich die Basis für ein neues Planungs- und Bau-

gesetz bilden, wofür die Stadt bis 2027 Zeit hat. Doch im Zuge der öffentlichen Mitwirkung gingen rund tausend Rückmeldungen ein, die den Prozess nun verzögern. Zumal auch die bearbeitende Liegenschafts- und Baukommission ihrerseits zahlreiche Änderungsanträge stellte. Trotzdem will man die gesetzten Termine einhalten.

Einen zentralen Entscheid hat das Stadtparlament Ende August gefällt: Es strich den geplanten Autobahnanschluss beim Güterbahnhof aus dem Richtplan. Gegen dieses Projekt von Kanton und Bund hatte sich 2016 schon eine Mehrheit der städtischen Stimmbürger ausgesprochen. Der Stadtrat stellt sich nun hinter die Bevölkerung. Für das Projekt massgebend dürften aber der kantonale Richtplan und der Sachplan des Bundes sein. Der Konflikt geht damit in die nächste Runde.

## Zoff um Windräder

Dieser kantonale Richtplan sorgt auch woanders für Diskussionsstoff: So hat St. Gallen eine Anpassung in die Vernehmlassung geschickt, worin der Kanton 17 Gebiete für eine mögliche Nutzung von Windkraft bestimmen will. Dagegen haben sowohl Umweltschützer als auch bürgerliche Rechte bereits ihren Widerstand angekündigt.

Nicht ganz in dieselbe Richtung zeigen die Entscheide von Stadt und Kanton

St. Gallen in Sachen Klimaschutz: So hat der Stadtrat einen Kredit über 153 Millionen Franken für den Ausbau der Fernwärme bewilligt. Im November muss noch das Stimmvolk darüber befinden. Auch 12 Millionen Franken für intelligente Messgeräte für Wasser, Gas und Wärme wurden bewilligt. Der Kanton hingegen entschied, keinen 100 Millionen Franken schweren Klimafonds zu schaffen, woraus PV-Anlagen, wärmedämmende Isolationen oder Wärmepumpenanlagen hätten bezuschusst werden sollen. Immerhin will die Regierung einen Sonderkredit für bestehende Projekte sprechen, in der Höhe von 59 Millionen. Zum Vergleich: Für eine neue Steuersoftware veranschlagt der Kanton 254 Millionen.

## Wieder kein Defizit

Generell geht es dem Kanton finanziell noch gut: Die Staatsrechnung schloss 227 Millionen Franken besser als erwartet, nachdem 2021 das Ergebnis sogar um 400 Millionen besser ausgefallen war. Doch nun dreht die Nationalbank den Geldhahn an die Kantone zu, weshalb St. Gallen in den nächsten Jahren rote Zahlen schreiben dürfte. Sparpakete braucht es vorerst aber keine, wie Finanzchef Marc Mächler versichert. Der Kanton habe Rücklagen in der Höhe von rund einer Milliarde Franken. So verkräftet er auch die Senkung des kantonalen Steuerfusses



Auf diesem Anwesen am Zürichsee, mit Blick auf Rapperswil-Jona, wird sich bald Tennislegende Roger Federer mitsamt Gattin Mirka und den vier Kindern niederlassen.

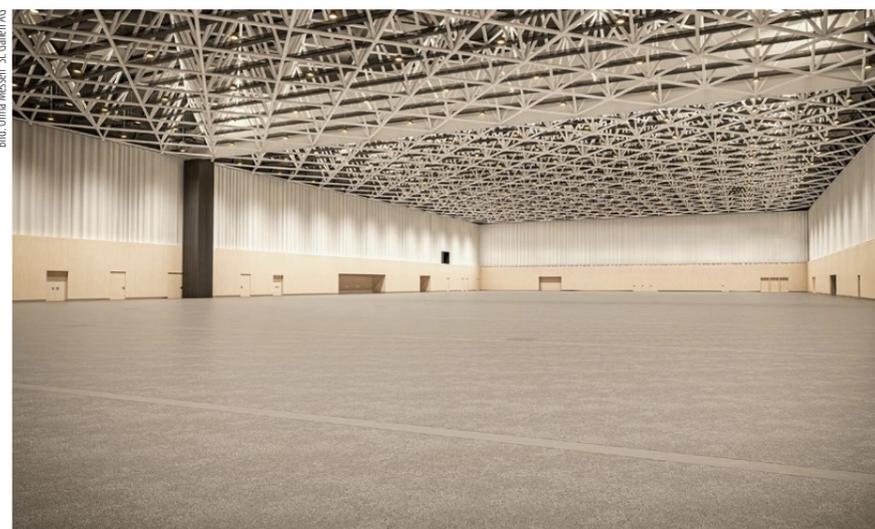
um fünf auf 105 Prozent, der auf dieses Jahr erfolgt.

Auf nächstes Jahr soll der Steuerfuss der Kantonshauptstadt von 141 auf 138 Prozent sinken. Dies zumindest sieht die Stadtregerung vor, die einen Verlust von 25 Millionen budgetieren will. Damit wäre St. Gallen nur noch die zweitbeste Stadt des Kantons, da Sargans seinen Steuerfuss von 134 auf 139 Prozent gehoben hat. Daneben senkte nur eine weitere Stadt ihren Satz: Flawil von 133 auf 127 Prozent – alle übrigen blieben unverändert.

## Gemeinden senken Steuern

Daneben haben immerhin 31 der total 75 Gemeinden eine Steuersenkung beschlossen, was auf generell gesunde Finanzen hinweist. Lediglich Au erhöht seinen Steuerfuss, der aber mit neu 89 Prozent immer noch sehr moderat ist. Am günstigen bleibt das Rheintaler Dorf Balgach, dass seinen extrem tiefen Steuerfuss noch einmal abgesenkt hat: von 64 auf 61 Prozent. Am anderen Ende der Skala ist Wartau bei Sargans, das zwar eine Steuersenkung erfuhr, aber mit neu 150 Prozent noch immer die unerfreuliche Rangliste anführt.

FORTSETZUNG AUF SEITE 8



Dank eines Zwischenspurts war die neue Halle für die 80. Olma in St. Gallen bereit.

Graubünden	2022	2023
Bevölkerung	202 538	203 816*
Bevölkerungswachstum	+0,6 %	+0,6 %
Leerwohnungen	0,61 %	0,58 %
Fläche in km <sup>2</sup>	7105	

St. Gallen	2022	2023
Bevölkerung	525 967	531 447*
Bevölkerungswachstum	+1,3 %	+1,0 %
Leerwohnungen	1,69 %	+1,42 %
Fläche in km <sup>2</sup>	2031	

Glarus	2022	2023
Bevölkerung	41 471	41 808*
Bevölkerungswachstum	+0,7 %	+0,8 %
Leerwohnungen	1,73 %	1,25 %
Fläche in km <sup>2</sup>	685,3	

Bild: Kantonsspital St. Gallen



Der Rohbau des neuen Kinderspitals ist fertig. Was mit dem Spitalhochhaus links passiert, ist unklar.

Die günstigste Stadt des Kantons St. Gallen bleibt Rapperswil-Jona mit unverändert 74 Prozent. Eine erfreuliche Entwicklung, waren es doch noch vor zehn Jahren ganze 16 Prozent mehr. Und die Stadt darf hoffen, dass sich die Finanzen weiterhin gut entwickeln, zieht doch bald ein sehr zahlungskräftiger neuer Bewohner zu: Im Ortsteil Kempraten, direkt am Zürichsee, entsteht derzeit das Anwesen von Tennislegende und Multimillionär Roger Federer (Mehr dazu auf Seite 12).

### GL: Pendenzenberg abgebaut

Bei der Glarner Bauwirtschaft häuften sich zuletzt Klagen über die schleppende Bearbeitung von Baugesuchen. Letztes Jahr konnte der Kanton bei drei von fünf Gesuchen die festgelegte Frist nicht einhalten. Doch nun hat der Regierungsrat reagiert: Mit zusätzlichem, befristet angestelltem Personal konnte der Pendenzenberg bis diesen Sommer weitgehend abgetragen werden. Daneben wird der Prozess des Baugesuchs von einem externen Büro analysiert, «mit Fokus auf die Vereinfachung und Beschleunigung», so die Pressemitteilung.

Zugute kommen könnte dies schon dem neuen Industriegebiet Kobler, das im Linthgebiet geplant ist, auf dem Grund der Gemeinde Glarus-Süd. Auch eine Parkgarage beim Bahnhof Weesen SG soll gebaut werden: Diese will man für das eidgenössische Schwingfest 2025 in Mollis nutzen und danach für Pendler, an den Wochenende für Touristen. Beim Autobahnanschluss Weesen soll auch das neue Kantonsgefängnis gebaut werden.

### Landsgemeinden in Gefahr

Auf politischer Ebene fällt die Glarner Landsgemeinde dieses Frühjahr einen

wichtigen Entscheid: Es ging um die Frage, ob jede der drei Gemeinden zwingend ein Parlament einführen muss, was die Stimmberechtigten aber ablehnten. Ein entsprechender Antrag war gestellt worden vor dem Hintergrund der Totalrevision des Gemeindegesetzes. Diese ist zurzeit bei der Regierung in Arbeit und wird voraussichtlich 2025 zur Endabstimmung vor die Landsgemeinde kommen. Innerhalb der Gemeinden sind die Positionen unterschiedlich: So will Glarus Nord das Gemeindeparlament wieder einführen, das man 2016 abgeschafft hatte.

Mit einem umfangreichen Bauprojekt befasst sich die nächste Glarner Landsgemeinde im Mai 2024: Es geht um einen Kredit von 30 Millionen Franken für die Erweiterung der Berufsschule Ziegelbrücke, dem eine juristische Auseinandersetzung vorausgegangen war. Dann soll der Projektierungskredit von 1,7 Millionen für das neue Gefängnis gesprochen werden. Der Neubau wird voraussichtlich 13 Millionen Franken kosten.

### Glarus zehrt von Substanz

Für den kleinen Kanton mit einem Jahresbudget von rund 430 Millionen sind solche Ausgaben eine Belastung, zumal Glarus finanziell von seiner Substanz zehrt: Für nächstes Jahr wird ein Defizit von 6,7 Millionen Franken erwartet. Und für die folgenden drei Jahre sieht der Finanzplan ein Minus von knapp 41 Millionen voraus. Das Glarner Nettovermögen würde sich bei dieser Prognose bis 2027 beinahe halbieren. Folgerichtig bleibt der Steuerfuss unverändert bei 53 Prozent.

Auch auf Ebene der Gemeinden, die ihre Steuern unverändert lassen, sind die Zahlen nicht berauschend: Glarus Süd schloss

2022 mit einem Minus von 1,5 Millionen Franken. Das ist zwar deutlich besser als im Vorjahr, doch die aufgelaufenen Schulden liegen nun bei 58 Millionen. Glarus Nord weist fürs Vorjahr nur einen minimalen Verlust von 100 000 Franken aus, doch bleibt die Finanzlage bei 113 Millionen Franken Schulden gemäss Gemeinderat «angespannt». Die Gemeinde Glarus wiederum erzielte im Vorjahr ein Defizit von gut vier Millionen Franken. Hierfür sorgten Investitionen bei der Schulraumentwicklung, beim Hochwasserschutz und bei Basisinfrastrukturen. In den nächsten Jahren werden hier weitere Kosten im zweistelligen Millionenbereich auf Glarus zukommen, weshalb hier der Gemeinderat die Lage «herausfordernd» nennt. Erwogen wird auch ein Bausteuerzuschlag zur Finanzierung der Grossprojekte.

### Ärger um Aufweitung

Für Ärger im Tal sorgt ein Projekt, das eigentlich schon lange abgeschlossen ist: «Hochwasserschutz Linth 2000» endete vor zehn Jahren und kostete 127 Millionen Franken. Im Rahmen dieser Sanierung der historischen Anlagen hätte auch der Escherkanal beim so genannten Kunderriet aufgeweitet und renaturiert werden sollen. Da es damals heftigen Widerstand aus der Gemeinde Mollis gab, verzichtete man aber auf diese Massnahme, wogegen wiederum der Kanton und die Umweltverbände protestierten. Schliesslich kam man überein, die Aufweitung des Kunderriet spätestens 2020 wieder zu prüfen. Diese Prüfung ist erfolgt und durchlief die Vernehmlassung in den Gemeinden und betroffenen Verbänden.

Danach erging ein entsprechender Auftrag an ein Ingenieurbüro, dessen fertige

Pläne in Kürze vorliegen sollten. Doch obwohl die Verantwortlichen versicherten, dass die Bevölkerung hinter dem Projekt stehe, regt sich massiver Widerstand. Die Gemeindeversammlung Glarus Nord erliess diesen Sommer ein Reglement zum «Erhalt des Linthwerks»: Der Gemeinderat, der das Reglement ablehnte, muss sich demnach gegen die Aufweitung einsetzen und hierfür «sämtliche ihm zur Verfügung stehenden Massnahmen» ergreifen. Der Hochwasserschutz ist allerdings nicht Sache der Gemeinde, weshalb dieses Reglement womöglich übergeordnetem Recht widerspricht und damit gegenstandslos wäre. Eine entsprechende Beschwerde gegen diesen Versammlungsbeschluss ist denn auch prompt beim Kanton eingegangen. Fortsetzung folgt.

### GR: Stille Revolution

Wie im Glarus hat sich auch in Kanton Graubünden Wichtiges für die Bauwirtschaft verändert: Die Spielregeln für die Beschaffung durch die Öffentliche Hand wurden angepasst; die «Südostschweiz» nennt es eine «stille Revolution mit weitreichenden Folgen». Neu wird sich die Vergabe von Aufträgen nicht mehr wie bisher rein am Preis orientieren, sondern verstärkt Qualitäts- und Nachhaltigkeitskriterien anwenden. Neu erhält also nicht mehr die günstigste, sondern die «vorteilhafteste» Offerte den Zuschlag, was den Beschaffungsstellen mehr Handlungsspielraum verschaffen soll.

Hintergrund dieser Massnahme sind die Absprachen in der Bauwirtschaft, auf welche die Wettbewerbskommission gestossen war und die ranghohe Bündner Kantonalpolitiker tangierte. Immerhin vergibt der Kanton jedes Jahr Aufträge für mehrere hundert Millionen Franken. Schweizweit

vergibt die Öffentliche Hand übrigens Aufträge im Umfang von 41 Milliarden Franken. Die neue Bündner Regelung im Vergabewesen orientiert sich nun auch enger an den Regeln des Bundes.

### Rekorddefizite erwartet

Mehr Aufmerksamkeit als die neue Vergabepaxis erhält die geplante Steuersenkung: Die Regierung beantragte kürzlich beim Grossen Rat eine Senkung um fünf Prozent, was zu 32 Millionen Mindereinnahmen führen würde. Total rechnet der Kanton deswegen mit einem Minus von 50 Millionen im kommenden Jahr. Für die Jahre 2025 bis 2027 sind gar Rekorddefizite zwischen 110 und 155 Millionen prognostiziert. Dies nicht zuletzt wegen der wegfallenden Gelder der Nationalbank, letztes Jahr immerhin 133 Millionen.

Ein weiteres Grossprojekt ist der überarbeitete kantonale Richtplan, der den Rahmen für mehr Wind- und Wasserkraftwerke im Kanton schaffen soll. Dieser war bis Mitte Jahr öffentlich aufgelegt und sorgte für viel Kritik: Der Plan sieht 35 Vorhaben bei der Wasserkraft vor und benennt 25 Standorte für Windanlagen. Der Direktor der Alpenschutzkommission kritisiert, die Regierung lote die verbliebenen Möglichkeiten der Wasserkraft restlos aus, auf Kosten des Umweltschutzes. Und nennt das Ganze eine «unverhohlene, rücksichtslose Machtdemonstration» des Wasserkraftkantons.

### Kanton plant keine Solargebiete

Für Kritik sorgt auch die Tatsache, dass im Plan keine Solargebiete ausgeschieden sind. Diese will die Regierung allenfalls später festlegen – obwohl die Zeit drängt. Das Schweizer Parlament startete letzten Herbst die «Solaroffensive», wonach der Bund 60 Prozent der Kosten aller Solarkraftwerke vergütet, die bis Ende 2025 in Betrieb sind. Dazu hat auch die Schweizer Berghilfe ein Förderprogramm lanciert, die ihrerseits bei kleinen Anlagen bis zur Hälfte der Kosten übernehmen will.

Unabhängig von der abwartenden Regierung sind deshalb vielerorts im Graubünden Solarkraftwerke geplant. Erst kürzlich hat sich Laax für ein Kraftwerk im Skigebiet ausgesprochen. Tujetsch hat gleich zwei Anlagen bewilligt. Disentis entscheidet per Volksabstimmung über zwei weitere Projekte im Umfang von 130 Millionen Franken. Auch in Klosters soll eine Anlage entstehen, mit einer Fläche von 21 Fussballfeldern. Insgesamt zählt die «Südostschweiz» aktuell 14 Projekte im ganzen Kanton.



Bild: Stadt Chur

Masterplan Chur West: Ein nachhaltiges Quartier für Wohnen, Arbeiten und Freizeit soll entstehen; allerdings erst bis in gut zwanzig Jahren.

### Chur vor grossen Ausgaben

Finanziell besser steht die Kantonshauptstadt Chur da: Ende Jahr soll ein Plus von 1,7 Millionen resultieren. Doch auch in Chur stehen grosse Ausgaben an: Eine neue Schule mit Sportanlagen und ein neues Fussballstadion sollen für 87 Millionen Franken gebaut werden. Kürzlich hat die Stadt auch ihren Masterplan Chur West vorgestellt: Man will rund 6500 Wohn- und Arbeitsplätze im neuen Quartier schaffen, worin jedes Teilgebiet als 2000-Watt-Areal zertifiziert werden soll. Die Umsetzung der ehrgeizigen Pläne wird indes noch mehr als zwanzig Jahre dauern.

Mit viel drängenderen Problemen schlagen sich viele Touristenorte herum, vor allem mit der durch die vielen Ferienwohnungen verursachten Erstwohnungsnot: Viele Einheimische finden an ihrem Wohnort kaum noch eine bezahlbare neue Wohnung. Pontresina will eine Stiftung schaffen, um Wohnraum für Einheimische zu schaffen und zu erhalten. Eine Initiative, die eine Erstwohnungsanteil-Regelung bei Bauvorhaben vorsah, wurde indes von der Gemeindeversammlung klar abgelehnt.

Auch in Davos sind Wohnungen knapp. Eine Analyse ergab, dass man sofort zusätzliche 300 Erstwohnungen benötigen würde, um die Situation etwas zu entschärfen. Landammann Philipp Wilhelm schätzt, dass es bis 2035 rund tausend weitere Wohnmöglichkeiten braucht. In Davos versucht man es mit einer Wohnraumstrategie, die eine Verdichtung bewirken soll: Man will raumplanerische Anreize schaffen, finanzielle Fördermittel bereitstellen, Gemeindeliegenschaften mobilisieren oder allenfalls selber einen Nutzungsausbau realisieren. ■



Bild: Axpo

Visualisierung: Die Axpo plant mit «Ovra Solara Campplaus» bei der Alp Schnaus am Rande des Laaxer Skigebiets auf 20 Hektaren eine Solar-Grossanlage.